Pressemitteilung

Im Landtag von Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-678/687/683
Fax: 0711-2063-660
wolfgang.schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://gruene.landtag-bw.de

Stuttgart, den 13.10.2003

257/03

Landesregierung unterstützt konzeptionelle Vorschläge der Grünen für die zukünftige Entwicklung und Nutzung des Truppenübungsplatzes Münsingen

MdL Boris Palmer: „Mit Münsingen bietet sich eine Riesenchance ein Musterbeispiel für umweltverträgliche Regionalentwicklung in Süddeutschland auf die Beine zu stellen“

Die von der Landtagsfraktion der Grünen in einem umfassenden Antrag vorgeschlagenen Eckpunkte einer Konzeption für die zukünftige Entwicklung und Nutzung des Truppenübungsplatzes Münsingen werden von der Landesregierung in weiten Teilen unterstützt. Dies geht, so der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, aus der jetzt von Landwirtschaftsminister Stächele vorgelegten Stellungnahme zu der Initiative der Grünen hervor. Nach Klärung der wesentlichen Voraussetzungen (z.B. Kampfmittelbelastung, naturschutzrechtliche Sicherung) soll - wie von den Grünen vorgeschlagen - gemeinsam mit den betroffenen Regionen Neckar-Alb und Alb-Donau-Kreis ein Entwicklungskonzept für die 6700 ha umfassende Fläche des bisherigen Truppenübungsplatzes ausgearbeitet werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung und Weiterentwicklung dieser in weiten Teilen einzigartigen Kulturlandschaft. Gleichzeitig soll diese Konzeption aber auch der Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft und des regionalen Tourismus sowie der Umsetzung naturschutzfachlicher Anforderungen dienen.

Palmer: „Für den Bereich der Mittleren Schwäbischen Alb würde sich mit der Umsetzung eines solchen Konzepts die Chance eröffnen, ein Musterbeispiel für umweltverträgliche Regionalentwicklung im gesamten süddeutschen Raum zu werden."

Neben positiven Effekten für die regionale Wertschöpfung sowie den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze würde nach Auffassung von Palmer auch der Naturschutz in ganz erheblichem Maß von der Realisierung der von den Grünen in ihrem Antrag vorgelegten Konzeption profitieren. Der Tübinger Abgeordnete verwies in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme aus dem Hause Stächele, wonach der Gesamtfläche unter naturschutzfachlicher Bewertung eine herausragende Rolle zukommt. Neben der Tatsache, dass es sich bei dem Gelände des Truppenübungsplatzes um einen der letzten unzerschnittenen Räume in Baden-Württemberg handelt, wird in dem Ministeriumspapier besonders darauf abgehoben, dass „das Landschaftsbild des Truppenübungsplatzes Münsingen von hoher kulturhistorischer Bedeutung ist und in Teilen sogar noch Nutzungsstrukturen des ausgehenden Mittelalters widerspiegelt." Dies einerseits zu erhalten, so Palmer, es als besondere Attraktion der Region im Rahmen von neuen Tourismusprojekten der Öffentlichkeit aber auch zugänglich zu machen, ist Ziel unserer Bemühungen.

Deutlich wird in der Stellungnahme nach Palmers Worten aber auch, dass die Erhaltung und Weiterentwicklung dieser Landschaft nur gewährleistet werden kann, wenn auch zukünftig auf mindestens der Hälfte der Gesamtfläche eine regelmäßige Schafbeweidung sichergestellt ist. Derzeit existieren Pachtverträge mit 16 Schäfereibetrieben, wobei die Herden zusammen rund 13.000 Schafe umfassen. Bei der langfristigen Sicherung dieser Schafbeweidung wird man, so Palmer, aber nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Vermarktungssituation für Fleisch, Schaffelle, Wolle und andere Produkte weiter zu verbessern und bestehende Ansätze auf diesen Gebieten erfolgreich auszubauen.

Bestätigt sieht sich der Tübinger Abgeordnete mit seiner bereits im Frühsommer vertretenen Position, wonach eine Ausweisung des Truppenübungsplatzes als Nationalpark als äußerst problematisch anzusehen wäre. So weist jetzt auch das Ministerium in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die zum Erhalt der Flächen notwendige Schafbeweidung im Widerspruch zu den an die Ausweisung eines Nationalparks zu knüpfenden rechtlichen Voraussetzungen steht, da in solchen Schutzgebieten eine Nutzung weitgehend unterbleiben soll.

Unverständlich ist nach Auffassung von Palmer die Zurückhaltung der Landesregierung hinsichtlich des von den Grünen gemachten Vorschlags, sich mit den Flächen des Truppenübungsplatzes um eine Aufnahme in das Bundesprogramm für Naturschutzgroßprojekte zu bemühen. Palmer: „In Zeiten, in denen das Land außer Haushaltslöchern finanziell nichts zu bieten hat, wäre es schlicht

nicht nachvollziehbar, wenn man sich die Chance auf Bundeszuschüsse in Höhe von mehreren Millionen Euro leichtfertig entgehen ließe.“

Dass, wie von Stächele behauptet, die Ausweisung des gesamten Truppenübungsplatzes als Naturschutzgebiet Grundvoraussetzung für die Aufnahme in das Bundesprogramm sei, entbehre schlicht jeglicher Grundlage. Palmer empfahl dem Minister in diesem Zusammenhang eine Kontaktaufnahme mit dem Bundesamt für Naturschutz, um sich in dieser wichtigen Frage einmal auf den aktuellen Stand der Dinge bringen zu lassen. Letztlich sei man dort hinsichtlich des zur naturschutzrechtlichen Sicherung zu wählenden Instrumentariums offen.

Mehr Informationen: Drucksache 13/2299